

## FDGB beseitigt das Streikrecht

### Gewerkschaften passen ihre Statuten SED-Forderungen an

Mit dem Beschluß, künftig keine Nichtmitglieder mehr in volkseigenen Betrieben zu dulden, hat der sowjetzonale FDGB seine jüngsten Gewerkschaftswahlen beendet. Gleichzeitig wurde die Zahl der eingetragenen FDGB-Mitglieder mit 5,43 Millionen angegeben. Von diesen fast fünfeinhalb Millionen in der Hauptsache zwangsweise organisierten Arbeitnehmern haben mehr als eine halbe Million ihre Beitragszahlung völlig eingestellt. Bis zum bevorstehenden IV. FDGB-Kongreß wird außerdem ein neues Statut aufgestellt, daß den Arbeitern ihr formell noch heute bestehendes Streikrecht absprechen will.

Worum es hier geht, ist den Arbeitern der volkseigenen Industrie längst klar geworden. Die FDGB-Wahlen haben in einer Atmosphäre des Terrors stattgefunden, die in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einmalig ist. Nicht einmal 30 Prozent der von den Belegschaften tatsächlich vorgeschlagenen Gewerkschaftsvertreter wurden nominiert.

Wo es überhaupt zu Diskussionen kam, versuchten die SED-Betriebsparteiorganisationen sofort längst vorbereitete Kandidatenlisten vorzuschieben, wobei viele Versammlungen so oft wiederholt werden mußten, bis die der SED genehme Kandidaten-Zusammensetzung erreicht worden war.

#### Massenausritte

Die Folge waren Massenausritte gerade der alten Gewerkschaftler. Andere ließen ihre Mitgliedschaft demonstrativ „einschlafen“. Trotzdem behauptet der FDGB-Bundesvorstand, im Zuge dieser „Wahlen“ seien mehr als 100 000 neue Mitglieder geworben worden.

Tatsächlich sind etwa 30 000 neue, meist jugendliche Mitglieder dadurch „geworben“ worden, daß man ihnen am Lohnzahlungstag einfach einen Aufnahmeschein unterbreitete, mit der Aufforderung, diesen am nächsten Zahltag ausgefüllt im Lohnbüro abzugeben.

Daß nach Angaben des Bun-

desvorstandes „nur“ eine halbe Million Mitglieder keine Beitragsmarken klebt, ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß viele Betriebe die Beiträge zusammen mit Lohnsteuer und Versicherungsbeitrag gleich vom Gehalt abziehen. Selbst hochgestellte FDGB-Funktionäre wissen, daß bei freiwilliger Mitgliedschaft der FDGB heute in der Sowjetzone keine 200 000 Mitglieder zählen würde.

#### Wozu Streikrecht im Statut?

Als das FDGB-Zentralorgan „Tribüne“ das vom Bundesvorstand vorgeschlagene Musterstatut veröffentlichte, bemerkten die meisten Arbeiter sofort, daß das in den alten Satzungen garantierte Streikrecht fehlte. Viele taten das mit der Bemerkung ab: „Ein Streikrecht auf dem Papier nützt uns gar nichts, solange die SED Streikende, wie am 17. Juni, zusammenschießen kann!“

Hier liegt eine gefährliche Unterschätzung! Als der SSD nach dem 17. Juni vorsichtig die Betriebe nach den „Rädelsführern“ durchzukämmen suchte, war es ihm in vielen Fällen unmöglich, FDGB-Mitglieder zu verhaften. Die damals noch bestehenden FDGB-Leitungen beriefen sich hartnäckig auf das in den Satzungen verbrieftete Recht, bei Verstößen gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze zum Streik zu greifen. Und da

die SED-Regierung nach dem Aufstand selbst Fehler eingestehen mußte, legte sie sich gar nicht erst mit den Gewerkschaftlern an, zumindest nicht in jenem Stadium.

Die letzten Monate haben bewiesen, daß in einzelnen volkseigenen Betrieben Streiks, wenn auch nur in kleinerem Umfang, durchgeführt wurden. Sie richteten sich gegen untergeordnete Funktionäre, Betriebsleiter oder untere FDGB-Leitungen. Nicht selten distanzierte sich die Partei oder eine örtliche Verwaltung dann mit Rücksicht auf die Stimmung unter der Arbeiterschaft von diesen Funktionären.

#### Furcht vor neuen Aktionen

Das hat dazu geführt, daß einzelne Gewerkschaftsleitungen, in denen sich die SED noch nicht die uneingeschränkte Herrschaft zu sichern vermochte, starke Positionen in Großbetrieben erringen konnten.

Hier greift das neue Statut durch: Es gibt keinen Streik mehr, jede Aktion in den Betrieben muß mindestens acht Tage zuvor mit der nächstgrößeren Gewerkschaftsleitung abgesprochen werden. Kein FDGB-Funktionär ist durch seine Unterorganisation absetzbar, wenn die vorgeordnete FDGB-Leitung damit nicht einverstanden ist.

Kurzum: Es wird von oben diktiert, wie es bisher gerade im FDGB nicht immer möglich war. Die neuen Normenerhöhungen lassen weitere Unruhen in den Betrieben befürchten, deswegen muß die Diskussion um das neue Statut bis zum 8. Juni abgeschlossen und das Statut selbst kurz danach angenommen sein.

## Die Losung der Atomzeit

DT. Der amerikanische Außenminister Dulles gehörte bisher nicht zu denen, die leichten Sinnes „Silberstreifen“ am Horizont entdecken. Er war eher darauf bedacht, die dunklen Wolken nicht aus dem Auge zu verlieren, die über dem weltpolitischen Geschehen lasten. Wenn Dulles nun vor seinem Abflug zu den Pariser Konferenzen erklärte, er sei jetzt von größerer Zuversicht erfüllt, als je zuvor in seiner Amtszeit als Außenminister, dann ist das ein optimistischer Klang.

Mit der Vollendung des österreichischen Staatsvertrages, an der kaum noch zu zweifeln ist, und mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge hat tatsächlich in mehrfacher Hinsicht eine neue diplomatische Epoche begonnen, der wir unsere gute Hoffnung zuwenden. Zunächst wird mit der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages das Eintreten, was der Westen als ein Zeichen guten Willens Moskau und als Voraussetzung weiterer Entspannung immer gefordert hat. Ferner ist mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge jene Stufe einer organisierten Solidarität des Westens erreicht worden, die im Hinblick auf neue Verhandlungen mit Moskau als unentbehrlich bezeichnet worden war. Schließlich ist mit der wieder souveränen Bundesrepublik ein neuer Faktor in die internationale Politik getreten, der schon aus dem Drang eigener deutscher Lebensinteressen mit besonderem Gewicht in der Gestaltung der ost-westlichen Beziehungen wirksam werden muß.

### Dunklere Farben

Wir dürfen indessen nicht übersehen, daß andere Tatsachen hinzukommen werden, die diesem Bild dunklere Farben beimischen. Am 11. Mai nämlich, wenn die Pariser Serie der westlichen Konferenzen abgeschlossen ist, treffen sich in Warschau die Vertreter Moskaus und der Satellitenstaaten zu einer Konferenz, auf der wahrscheinlich die frühere Moskauer Proklamation verwirklicht werden soll. In ihr hieß es, daß

die Länder des Ostblocks bereit seien, „im Falle einer Ratifizierung der Pariser Verträge gemeinsame Maßnahmen zu treffen sowohl hinsichtlich der Organisation und des Oberbefehls ihrer bewaffneten Streitkräfte als auch auf anderen Gebieten...“

Gegenseitige Beistandspakte bestehen schon heute innerhalb der volksdemokratischen Länder des Ostblocks. Hier kann nicht viel Neues geschehen. Das Neue und zugleich Bedenkliche aber ist, daß in die politische und militärische Organisation des Ostblocks nun auch die Sowjetzone Deutschlands einbezogen werden soll.

Mit dieser östlichen Antwort auf die westlichen Verträge wird dann im Hinblick auf das unteilbare Deutschland ein Zustand geschaffen, dessen eigentlicher Sinn darin besteht, daß er in gemeinsamen Anstrengungen der Bundesrepublik und der vier Mächte wieder überwunden werden muß, und zwar durch die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie wurde bei der Proklamierung der Souveränität der Bundesrepublik als das nächste Ziel der deutschen Politik bezeichnet.

### Wer kennt die Formel?

Das ist, wie immer wieder betont werden muß, eine keineswegs leichte Aufgabe. Es gibt heute noch keine gültige Formel, mit der sie gelöst werden kann. Wer die Formel einer Deutschlandlösung erarbeiten und in ihr die Gegensätze der vier Mächte ausgleichen will, der braucht Zeit und Geduld. Geduld ist hier nicht bloßes Warten, sondern unermüdete Aktivität, verbunden mit gutem Willen und mit der Einsicht in die ungewöhnlichen Schwierigkeiten der Aufgabe. Grenzen für ihre Lösung gibt es selbstverständlich bei allen Beteiligten; aber ultimative Forderungen, daß sie nur so oder so aussehen dürfe, sind ebenso unmöglich wie etwa die Feststellung, daß der mit den Pariser Verträgen und den Warschauer Beschlüssen eingeleitete Zustand „endgültig“ sei, und also Verhandlungen über die Deutschlandfrage keinen Sinn mehr hätten.

Wer den einen oder anderen dieser unmöglichen Standpunkte bezieht, der hat nicht die zur Lösung des Problems erforder-

liche Geduld und Einsicht; der verrät vielmehr nur, daß er einfach nicht will. Die Sowjetunion, die ursprünglich gedroht hatte, daß nach der Ratifizierung oder nach dem Inkrafttreten oder nach der Verwirklichung der Pariser Verträge die Wiedervereinigung auf lange Zeit unmöglich sein werde und also Verhandlungen sinnlos würden, muß zeigen, daß sie diese törichte und dem Leben gegenüber ungültige Auffassung korrigiert. Der Weg zur vorgesehenen Viererkonferenz ist bereits die erste der unvermeidlichen Korrekturen.

### Unsinn der Gewalt

Wenn die Machthaber von Pankow es noch nicht wissen sollten, dann müßte Moskau es wissen, daß die Gewalt — auch die kleine, dumme schikanöse Gewalt — kein Mittel ist, das der Lösung sachlicher Probleme dient. Auch die Schwierigkeiten, mit denen die kommunistischen Diktatoren der Zone dem freien Berlin wieder drohen, ohne uns zu erschrecken, sind nichts anderes als dumme Akte der Gewalt.

Die Anwendung schikanöser Gewalt ist das Gegenteil der von allen Mächten erstrebten Entspannung, in der allein die Lösung hartumkämpfter Probleme schließlich gedeihen kann.

Es ist deshalb ein guter Gedanke, daß die jetzt durch die Bundesrepublik erweiterte NATO-Gemeinschaft an die Sowjetunion eine Botschaft richten will, die ein Ausdruck guten friedlichen Willens sein soll. In den Pariser Verträgen ist ein solcher Akt auch der Bundesregierung enthalten. Sie gibt nämlich die feierliche Versicherung ab, die Wiedervereinigung Deutschlands nur auf friedlichen Wegen erstreben zu wollen.

Man sage nicht, daß wir in den letzten Jahrzehnten mit schönen Versicherungen und Verpflichtungen schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Das ist gewiß richtig, aber inzwischen hat sich mit der H-Bombe wirklich einiges geändert. Der Verzicht auf die Gewalt, die so leicht im Kleinen beginnt und in unvorstellbarer Zerstörung endet, ist die geringe Anstrengung, die uns von dem großen Untergang trennt. Er ist die Lösung der Atomzeit.

# Nächstes Ziel: Die Wiedervereinigung

## Tag der Souveränität in Bonn — Besatzungsregime beendet

Bonn (Eigenbericht). Seit Donnerstag um 12 Uhr ist das Besatzungsregime im Bundesgebiet beendet. Mit der Wiederherstellung der Souveränität begann ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichte. In einem feierlichen Schlußakt unterzeichneten die Botschafter Hoyer-Millar und François-Poncet für die britische und französische Regierung in Anwesenheit des Bundeskanzlers Dr. Adenauer im Palais Schaumburg die Hinterlegungsurkunden für den Vertrag über die Beendigung des Besatzungsregimes und für den deutsch-alliierten Truppenvertrag.

Die Bundesregierung erließ eine Proklamation, in der es heißt: „Unser Ziel ist ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa.“

Für Berlin wurde als Neuregelung von der Alliierten Kommandantur am Donnerstag eine „Erklärung über Berlin“ vom 26. Mai 1952 in Kraft gesetzt, die das 1951 revidierte „Kleine Besatzungsstatut“ aus dem Jahre 1949 ablöst.

Der Bundeskanzler sprach am Donnerstagabend über den Rundfunk zu den Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges. Er sagte u. a.: „Ich weiß nur zu gut — und nicht eine Stunde höre ich auf, daran zu denken —, daß es nicht das ganze Deutschland ist, das jetzt wieder ein souveräner, freier Staat geworden ist. Die Bundesregierung wird deshalb fortfahren, nach der Freiheit aller Deutschen zu streben. Sie wird ihr Endziel nicht erreicht sehen, ehe nicht die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit vollzogen ist. Sie wird darüber die Vereinigung Deutschlands mit den europäischen Nationen zu einer europäischen Gemeinschaft nicht aus dem Auge verlieren, in der wir die Grundlage für einen sicheren und lang dauernden

Frieden erblicken. Souveränität ist für uns ein hohes Gut, aber wir sind jederzeit bereit, sie einzubringen in eine übergeordnete Gemeinschaft der europäischen Völker.“

Auf einem Empfang, den Heuss am Abend für die Botschafter und für das Bundeskabinett gab, sagte er: „Für den Gärtner Adenauer ist das ein großer Tag, da er hoffen darf, den von ihm umhегten Geschichtsraum vor Geröll bewahrt, für Frucht und Ernte gesichert zu haben. Das ganze Vertragssystem ist eine Ansage an die Zukunft, die auch den Deutschen ihr geschichtliches Recht zur freien Selbstgestaltung einer staatlichen Einheit zurückgewinnen soll.“

Auf Grund von Absprachen hatte man in Bonn darauf ver-

zichtet, die Wiedererlangung der Souveränität festlich zu begehen. Statt dessen wurde unter den Klängen des Deutschlandliedes am Sitz des Bundeskanzlers in feierlicher Form die Bundesflagge gehißt.

Adenauer verlas vor der Flagge die Proklamation und erklärte: „Mit der Bundesregierung gedenken in dieser Stunde 50 Millionen freier Bürger der Bundesrepublik in brüderlicher Verbundenheit der Millionen Deutschen, die gezwungen sind, getrennt von uns in Unfreiheit und Rechtlosigkeit zu leben. Wir rufen ihnen zu: Ihr gehört zu uns, wir gehören zu euch. Die Freude über unsere wiedergewonnene Freiheit ist so lange getrübt, als diese Freiheit euch versagt bleibt. Ihr könnt euch immer auf uns verlassen, denn gemeinsam mit der freien Welt werden wir nicht rasten und ruhen, bis auch ihr die Menschenrechte wiedererlangt habt und mit uns friedlich vereint in einem Staate lebt.“

Zur Souveränitäts-Erklärung trafen bereits mittags Glückwunschtelegramme aus allen Teilen der freien Welt im Bundeskanzleramt ein.

## Positives Echo im Westen

### „Totenglocke für die Sowjetpolitik“

Washington (DPA/AP). Als „Totenglocke für die sowjetische Politik“ bezeichnete der amerikanische Außenminister Dulles am Donnerstag in Washington die Wiederherstellung der deutschen Souveränität.

Dulles sprach die Überzeugung aus, daß die Wiederherstellung der deutschen Souverä-

nität die Wiedervereinigung Deutschlands näher bringen wird.

Der britische Außenminister MacMillan begrüßte die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied in der Gemeinschaft der westlichen Demokratien.

In einer Erklärung im Unterhaus stellte MacMillan fest, daß nach seiner Ansicht der 5. Mai 1955 von künftigen Generationen als ein „Meilenstein der Geschichte“ betrachtet werden wird.

Für das amtliche Paris und die Masse der französischen Bevölkerung sind die Ereignisse des 5. Mai eine Selbstverständlichkeit. Die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden für den Deutschlandvertrag in Bonn löste darum weder Widerspruch noch besonderes Interesse aus.

## Ausnahmerechte entfallen

Bonn (Eigenbericht). Mit der Wiedererlangung der Souveränität sind gleichzeitig die alliierten Ausnahmerechte entfallen. So ist die Beanspruchung deutschen Eigentums durch die Alliierten, beispielsweise die Beschlagnahme von Wohnungen, nicht mehr möglich.

Alliierte Personen unterstehen der deutschen zivilen Recht-

sprechung und damit den deutschen Gesetzen. Die Paßkontrolle, das Ausstellen besonderer Personalausweise für Alliierte geht gleichfalls auf die deutschen Stellen über.

Die deutsche Wirtschaft wird von allen Kontrollen frei sein.

Die alliierten Oberkommissionen haben zu bestehen aufgehört. Die Oberkommissare würden Botschafter.

## Souveränität

DT. Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat die neue Souveränität fast als selbstverständlich zur Kenntnis genommen. Hätte man in Westdeutschland in den letzten Jahren das Gefühl der Unfreiheit gehabt, hätten die Besatzungsmächte rücksichtslos eben als Besatzungsmächte gehandelt, so würde man jetzt befreit aufatmen. Man hat das aber nicht nötig.

Aber die Souveränitätserklärung ist mehr als die juristische Bestätigung einer Freiheit, der sich die Bundesrepublik bereits weitgehend erfreute: Sie ist der Beginn eines neuen Verhältnisses zu den Westmächten, weil die Bundesregierung nicht nach dem Motto „Sieh' zu, wie du weiterkommst“ einer gefährlichen Isolierung überlassen wird, sondern eine Verzahnung ihres Geschickes mit der Politik der Westmächte bestehen bleibt.

Die vieldiskutierten „Vorbehaltsrechte“ der Westmächte beruhen auf den 1945 mit der Sowjetunion getroffenen Vereinbarungen. Sie aufzugeben läge nicht im deutschen Interesse, denn sie dokumentieren erneut die Verpflichtung der Westmächte gegenüber Gesamtdeutschland und Berlin.

Aufgabe der souveränen Bundesregierung muß es nun sein, das gesamtdeutsche Problem mit allen ihr nun möglichen Mitteln der Lösung näherzubringen, wobei sich die Westmächte ausdrücklich zur Wiedervereinigung bekannt haben.

Die Bundesregierung besitzt jetzt solche diplomatischen Mittel wie jede andere Regierung. Sie kann nunmehr eine unabhängige Außenpolitik treiben, was besonders für die Wiedervereinigung gilt, wobei sie sich allerdings den Zielen des Europarates anzupassen hat; sie wird gleichberechtigter Vertragspartner bei allen internationalen Vereinbarungen über deutsche Interessen sein; sie kann diplomatische Beziehungen aufnehmen und Verhandlungen führen.

Die Souveränität ist also eine Basis, auf der sich nun eine neue Dynamik befreit entwickeln müßte. Daß es so weit kommen konnte, ist fraglos das Hauptverdienst des Bundeskanzlers.

## Sowjetdenkmal wurde abgebaut

T 34 demontiert — Dibrowa rückte ab

Berlin (Eigenbericht). Das sowjetische Panzerdenkmal auf der Potsdamer Chaussee in Berlin-Zehlendorf (amerik. Sektor) ist nach einer Vereinbarung der amerikanischen Dienststellen und sowjetischen Oberkommission abgebaut worden.

Zehn Jahre lang hat der sowjetische Panzer vom Typ T 34 in Westberlin gestanden. Angeblich war er als erster Tank der sowjetischen Panzerstreitkräfte in Berlin eingerollt. Niemals konnten sich die Westberliner mit diesem Denkmal befreunden. 1952 mußte er von den Amerikanern unter einem Drahtkäfig „in Schutzhaft“ gestellt werden.

Im Juli 1954 waren dann zum ersten Male von dem Oberkommandierenden der sowjetischen Besatzungsarmee Schritte unternommen worden, um das Panzerdenkmal zu entfernen.

Nun traten die Sowjets ungefähr vor zwei Wochen erneut an die Amerikaner heran.

Die Amerikaner schafften den T 34 vorsichtig auf einem Lastwagen zum nächsten Güterbahnhof. Die Reichsbahn transportierte ihn von dort in die Zone.

Den Abbau des vier Meter hohen Sockels wollten die Sowjets selbst durchführen. Dabei kam es zu einem Zwischenfall.

Die Sowjets hatten bei den Amerikanern den Antrag gestellt, ihnen die Beseitigung des Denkmalsockels und die Ausgrabung der unter dem Denkmal angeblich beigesetzten gefallenen sowjetischen Soldaten zu gestatten. Nachdem die Genehmigung erteilt war, rückten sowjetische Soldaten, die nur mit Hacken und Schaufeln be-

waffnet waren, unter Führung eines Obersten kurz vor 18 Uhr an. Die Sowjets wollten nur bei Nacht arbeiten und hatten die Bedingung gestellt, daß kein Blitzlicht oder Scheinwerferlicht auf den Schauplatz ihrer nächtlichen Buddelei gerichtet werden dürfe.

Deshalb protestierte der sowjetische Oberst gegen die Anwesenheit einer großen Zahl von Kamera- und Pressefotografen. Er kenne die Leute nicht, sagte er.

Etwa zehn Minuten nach 21 Uhr erschien der sowjetische Stadtkommandant Generalmajor Dibrowa. In der Unterredung mit den amerikanischen Offizieren wurde keine Einigung erzielt. Um 21.15 Uhr fuhren sowohl General Dibrowa als auch der gesamte sowjetische Konvoi in das sowjetisch besetzte Gebiet zurück.

Als Grund dafür, daß sie die von ihnen selbst vorgeschlagenen Abrissarbeiten nicht durchführten, gaben die Sowjets an, ihnen hätten die von den US-Armeedienststellen getroffenen Vorkehrungen nicht gepaßt. Die Einwände richteten sich gegen die Postierung bewaffneter US-Soldaten, die nach ihrer Ansicht zu nahe am Denkmalsockel standen, und gegen die Anwesenheit von Pressevertretern.

Von amerikanischer Seite wurde erklärt: „Wir haben alle Vereinbarungen, die auf den vorangegangenen Verhandlungen mit sowjetischen Vertretern getroffen wurden, eingehalten. Wir glauben an die Freiheit der Presse und sehen deshalb keinen Grund, die Presse auszuschließen.“

## Ausschlußantrag gegen Schwann

Bonn (DPA). Gegen den FDP - Bundestagsabgeordneten Schwann, der ohne Legitimation den Sowjet-Oberkommissar Puschkin in Ostberlin besucht und mit ihm Gespräche geführt hatte, ist ein Ausschlußantrag aus der Fraktion gestellt worden.

## Neue Autobahnen

Bonn (DUD). Die obersten Straßenbaubehörden der Länder

sind vom Bund beauftragt worden, für den Weiterbau der Bundesautobahnen erste Bauarbeiten in Höhe von über 121 Mill. DM unverzüglich auszuschreiben.

## „Berliner Allee“

Düsseldorf (DPA). „Berliner Allee“ heißt jetzt eine Parallelstraße zur bekannten Königsallee in Düsseldorf.

## Westunion ist gegründet

### Feierlicher Auftakt in Paris

Paris (AP/DPA). Der Ministerrat der Westeuropäischen Union hat sich in Paris feierlich konstituiert. Mitglieder der Union, deren Ziel die Festigung der Sicherheit und des Friedens und die Förderung der Einheit Europas ist, sind Frankreich, Großbritannien, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien und die Bundesrepublik. Die Konstituierung bildete den Abschluß des ersten Tages der Pariser Konferenzserie, an der Bundeskanzler Dr. Adenauer zum erstmalig als Vertreter der souveränen Bundesrepublik teilnimmt.

Das für Deutschland wichtigste Gespräch war bisher das zwischen Dr. Adenauer und dem amerikanischen Außenminister Dulles. Die beiden Staatsmänner erörterten die geplante Einladung der Westmächte an die Sowjetunion zu einer Viererkonferenz und die Auswirkungen des sowjetischen Entgegenkommens in Österreich auf die deutsche Öffentlichkeit. Diese erste politische Begegnung des Tages in der amerikanischen Botschaft folgte fast unmittelbar der Ankunft des Kanzlers und seiner Delegation in einer viermotorigen „Super-Constellation“ der neuen Deutschen Luftflotte.

Anschließend an Adenauer empfing Dulles den britischen Außenminister MacMillan, der den britischen Vorschlag nach einer Konferenz der vier Regierungschefs vorbrachte. Nach einem Reuter-Bericht hat MacMillan vorgeschlagen, daß die vier Regierungschefs sich für etwa eine Woche zusammensetzen und ein Arbeitsprogramm für ihre Außenminister ausarbeiten sollten.

Dulles steht ebenso wie Präsident Eisenhower diesem britischen Plan ablehnend gegenüber. Die Amerikaner sind der Ansicht, daß einer Konferenz

der Regierungschefs unbedingt Beratungen der Außenminister vorausgehen müßten.

Die Beratungen sollen am Mittwoch mit der Abfassung eines Kommuniqués beendet werden, das eine Botschaft an die Sowjetunion enthält und als Beitrag der NATO-Gemeinschaft zur Entspannung der Lage gedacht ist.

## Moskau soll Kominform auflösen

### Argwohn und Besorgnis — Eine Scheinruhe

Neu Delhi (DPA). Die der indischen Regierung nahestehende „Hindustan Times“ meldet, Ministerpräsident Jawaharlal Nehru werde der Sowjetunion bei seinem Moskau-Besuch im nächsten Monat anraten, das Kominform aufzulösen. Nehru werde diesen Vorschlag damit begründen, daß das Bestehen des Kominform „Argwohn und Besorgnis“ erzeuge.

DT. Das „Kommunistische Informationsbüro“ entstand 1947, nachdem die „Kommunistische Internationale“ (Kominform) offiziell aufgelöst worden war. In den letzten Jahren ist es um das Kominform ruhig geworden — eine Scheinruhe, denn die einheitliche Befehlsgebung an

## „Befreier Österreichs“

Zürich (DPA). In der „Neuen Zürcher Zeitung“ schreibt der liberale spanische Politiker Salvador de Madariaga: „Aufs neue werden wir Zeugen von der Richtigkeit der Maxime, wie sie sich aus unserer Erfahrung mit den Sowjets ergeben hat, nämlich daß der einzige Weg, von Moskau ein ‚Ja‘ zu erhalten, darin besteht, fest genug und lange genug ‚Nein‘ zu sagen. Wenn die gegenwärtigen Ereignisse die Befreiung Österreichs zeitigen, dann ist der wahre Befreier Österreichs genau genommen Adenauer mit seiner vom Westen gestützten Politik.“

alle kommunistischen Parteien sowie ihr zentral gelenktes Taktieren waren unverkennbar. An Stelle offizieller Kominform-Tagungen wurden nach außen neue Formen kommunistischer Entschlüsse und Kundgebungen sichtbar: internationale Berufungskonferenzen, Jugendtreffen, „Friedens“-Kongresse. Das Kominform trat bewusst in die Anonymität zurück, seine Wirksamkeit wurde deshalb nicht geringer. In einer Zeit, da Moskau die Koexistenz proklamiert und mit Lenin-Zitaten die „Möglichkeit eines Nebeneinanderbestehens verschiedener gesellschaftlicher Formen“ bekundet, darf eine Organisation nicht in Erscheinung treten, die sich den Sieg der kommunistischen Weltrevolution über die kapitalistischen Länder zur Aufgabe gemacht hat.

Nehru spürt das getarnte Wirken des Kominform in Asien sehr deutlich. Wenn Moskau dem Wunsch Nehrus folgen und das Kominform als nicht mehr existent erklären würde, so müßte man das begrüßen. Man könnte aber erst dann endgültig befriedigt sein, wenn damit auch alle weitere Einmischung Moskaus in die Belange westlicher Staaten durch Weisungen an die kommunistischen Parteien aufhören.

## Österreich-Vertrag Ende der Woche

Wien (AP/DPA). Die Außenministerkonferenz, auf der Österreichs Staatsvertrag unterzeichnet werden soll, wird voraussichtlich bereits Ende nächster Woche in Wien stattfinden. Die Botschafter erzielten bei ihren vorbereitenden Beratungen wesentliche Fortschritte.

Die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten bestehen noch über die Behandlung der deut-

schen Vermögenswerte einschließlich der Ölanlagen, den Termin des Truppenabzugs und die Präambel, deren einer Absatz die Mitschuld Österreichs am Kriege festlegen soll.

Aufgabe der Botschafter ist es, den Staatsvertrag, der Österreich die Unabhängigkeit zurückgeben soll, zu überarbeiten und so weit fertigzustellen, daß die Außenminister ihn nur noch unterzeichnen müssen.

# Leipzig hat zwei Gesichter

## Größte Stadt der Sowjetzone bleibt innerlich westlich

Wer zur Zeit der Frühjahrsmesse in Deutschlands einstige Verlags- und Messemetropole Leipzig kam, war erstaunt über das geschäftliche Leben und Treiben. In den engen Messehäusern und den weitläufigen Hallen drängten sich Gäste aus allen Ländern der Erde, chromblitzende Autos mit fremdartigen Nummernschildern rollten durch die Straßen; die Speisekarten der HO-Gaststätten boten reichhaltige Auswahl. Wenn aber keine Messe ist, dann fällt die Schminke vom Gesicht der Stadt, dann zeigt sie wieder fünfzig Wochen hindurch das mürrische, herbe, angestrengte Gesicht des Sowjetzonenalltags.

Leipzig ist auch außerhalb der Messezeit der einzige Ort in der Zone, der mit einem gewissen Recht Anspruch auf die Bezeichnung Großstadt erheben darf. Der Krieg hatte keine allzu vernichtenden Wunden geschlagen, es blieb einige Substanz erhalten. Nach 1945 räumte man ziemlich rasch auf, denn das Bestreben, so bald wie möglich die Messe als Repräsentationsfassade gegenüber dem Westen einzurichten, gab einen starken Antrieb.

Dem Völkerschlacht-Denkmal benachbart ist die Deutsche Bücherei, Sammelstätte des gesamten, seit 1913 erschienenen Schrifttums und größte Bücherei Europas. Daran hat sich bis heute nichts geändert, aber ausgeliehen werden darf nur diejenige Literatur, die dem Staat ungefährlich erscheint.

Nahe daran gelegen, wuchert der massige Komplex des ehe-

maligen Reichsgerichtes empor, heute Ausstellungsort für das „Georgi-Dimitroff-Museum“ und für Kunstsammlungen.

Diesem düsteren Gebäude entronnen, empfindet man sogar das graue Alltagsgesicht der Stadt befreiend, weil sich hier und da einige bunte Tupfen schüchtern abzeichnen. In dem berühmten Viertel um den Markt bemerkt man mit Wohlgefallen, daß manches hübsche Mädchen sich „westlicher“ zu kleiden sucht, als es sonst in der Zone üblich ist.

Die Sehnsucht nach einer besseren Zeit offenbart sich nicht zuletzt in solchen Kleinigkeiten, die hier fast zu einem Bekenntnis werden.

## SED-Leitung legte „ein Feuerchen“

### Beinahe wäre das „RAW Schönevide“ abgebrannt

Der Versuch einer SED-Betriebsgruppenleitung, Widerstandsaktionen Ostberliner Arbeiter in „Sabotageversuche westlicher Agenten“ umzufächeln, hätte kürzlich um ein Haar zum Verlust des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin-Schönevide geführt. In diesem Betrieb hatte die Werkleitung von den Arbeitern verlangt, zahlreiche Arbeitsgänge an reparaturbedürftigen S-Bahn-Wagen zugunsten des Friedrichsfelder Tierpark-Objektes kostenlos auszuführen. Für die Arbeiter bedeutete dies einen etwa 20prozentigen Lohnausfall.

Acht Tage später zog die SED-Leitung nach: Sie ließ eine mit mehreren SED-Genossen durchsetzte Brigade auf den Arbeitslohn für weitere Arbeitsgänge verzichten, um das Geld dem „Nationalen Aufbaukomitee“ zu übersenden.

Am anderen Morgen waren die besagten Arbeitsgänge kostenlos ausgeführt, aber die S-Bahn-Wagen durch ein paar — ebenfalls kostenlose — Handgriffe unbrauchbar gemacht.

Als die hochnotpeinliche SSD-Untersuchung kein Ergebnis brachte, dachte sich die SED-Leitung ein besonderes Mittel

aus: Sie erklärte, im Betrieb sei eine Westberliner Agentengruppe am Werk, die es zu entlarven gelte. Gleichzeitig ließ sie in der Mittagspause — sozusagen zur demonstrativen Untermauerung — von Angehörigen des Parteiaktivs in der Lackiererei ein paar Farbtöpfe in Brand setzen, just zwei Minuten vor Beendigung der Pause. Sie nahm daher an, daß schließlich nichts passieren könne.

Womit die SED-Kokeler nicht gerechnet hatten, war dieses: Zwei Lackierer hatten alles beobachtet und den Kollegen im Kulturraum berichtet. Als der Ruf „Feuer“ ertönte, rannten die Arbeiter daher nach allen Richtungen auseinander, während ein paar Lackierer riefen: „Vorsicht, Explosionsgefahr!“ Und ehe sich die SED-Genossen um die spärlichen Feuerpatschen bemühen konnten, waren Werte für rund 22 000 DM vernichtet. Nur das unerwartet rasche Eintreffen der Feuerwehr konnte Totalschaden verhüten.

Als am nächsten Tag eine Protestversammlung gegen die „Brandstifter-Agenten“ durchgeführt werden sollte, kamen ganze 11 Mann anmarschiert. Nicht einmal die SED-Gruppe wagte zu erscheinen.

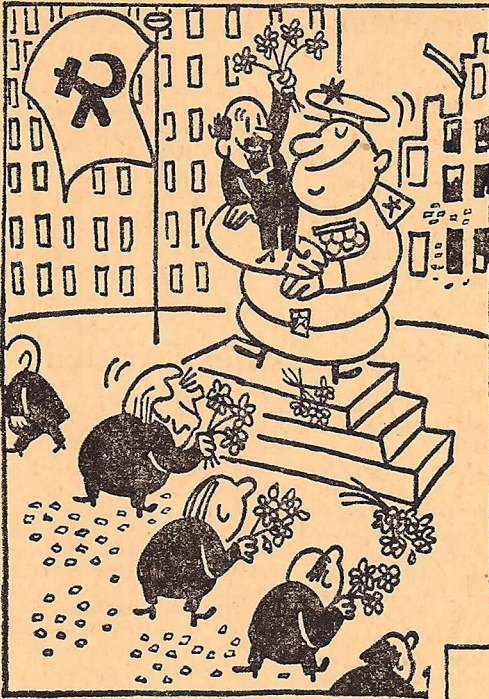
### Imitation der Stalinallee

Doch danach geriet der Aufbau ins Stocken. Heute entstehen Häuserblocks an der Windmühlenstraße und am Südring, gemäßigte Imitationen der Ostberliner Stalinallee. Doch keine Hand regt sich auf den geräumten Ruinengrundstücken der Innenstadt, am Brühl, der berühmten einstigen Straße des Pelzhandels, am Grassmuseum oder um den Bayerischen Bahnhof.

So jovial sich die Stadtväter zur Messezeit geben, so linientreu regieren sie ansonsten. Sie wissen, welche Bedeutung das Regime dieser wichtigsten und größten, vitalsten und gesündesten Stadt ihres Machtbereiches zubilligt. Ringsum konzentrieren sich Industrierwerke, darunter die Leuna-Werke „Walter Ulbricht“. Die SED ist sich ihrer Arbeiter dort so wenig sicher, daß sie Leipzig und Umgebung besonders fest lenkt und hier gern laute Machtkundgebungen abhält.

### Ausgesuchte Literatur

Nachdem die Kommunisten ihr Herz für kriegerisch-nationale Taten der deutschen Vergangenheit entdeckten, rückte auch das Völkerschlacht-Denkmal wieder in den Mittelpunkt des Interesses.



„Muttertag“ in Ostberlin

## Stärkere Gottlosenpropaganda?

Berlin (DPA). Die im vergangenen Jahr in der Sowjetzone nach sowjetischem Beispiel gegründete religionsfeindliche „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse“ soll künftig ihre engen Bindungen an die kommunistische SED tarnen, um als „überparteiliche Organisation“ die Atheistenpropaganda und die marxistisch-leninistischen Theorien wirkungsvoller ins Volk tragen zu können. Dies hat der Sektorenleiter in der Abteilung Wissenschaft und Propaganda beim SED-Zentralkomitee, Erwin Hainke, angeordnet.

## Mit Flugzeug geflüchtet

Ankara (DPA). In die Türkei geflüchtet sind zwei Leutnants der rumänischen Luftstreitkräfte. Das Flugzeug, mit dem sie kamen, wurde von den türkischen Behörden beschlagnahmt.

Berlin (DPA). Nach Westberlin geflüchtet sind der Diplomphysiker aus einem Ostberliner Rundfunkwerk, Freiherr von Sass, und Diplomphysiker und Dozent an der Hochschule für Bauwesen in Kottbus, Dietrich.

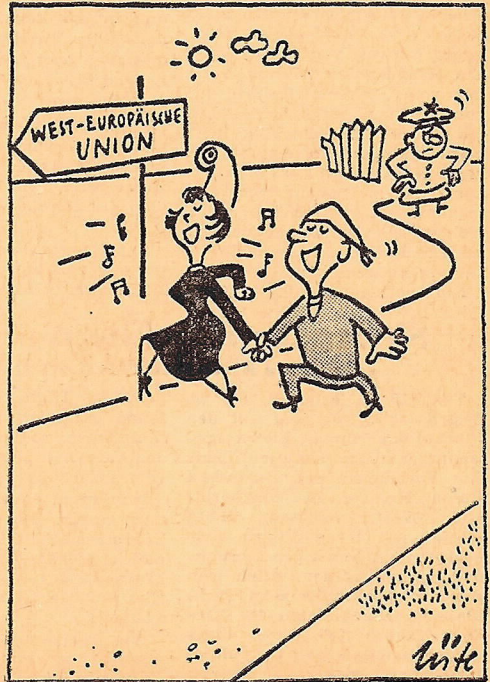
## Freundschaft

Berlin (Eigenmeldung). Das sowjetische Außenhandelsministerium hat die Bitte Pankows zurückgewiesen, in Anbetracht der ernsten Versorgungslage 60 000 Tonnen Zucker erst nach der neuen Ernte an die Sowjetunion liefern zu dürfen. In Erwartung der sowjetischen Zustimmung hatten die Zonenbehörden ihre aus dem Handelsvertrag fälligen Lieferungen bereits eingestellt. Die Sowjets haben jetzt ultimativ die sofortige Wiederaufnahme der Zuckerlieferungen gefordert.

## Flucht vor Militärdienst

Berlin (DPA). In ständig zunehmendem Maße fliehen Jugendliche, vor allem junge Mädchen, aus der Sowjetzone, um sich dem Beitritt zur „Gesellschaft für Sport und Technik“ zu entziehen.

Etwa 70 Offiziere der allgemeinen und der kasernierten Volkspolizei, der Grenzpolizei und des SSD haben nach Informationen des Untersuchungsausschusses freihändlerischer Juristen an einem „Juristen-Lehrgang“ teilgenommen. Sie sind für den Dienst in der Militärgerichtsbarkeit in der Sowjetzone vorgesehen.



„Alles neu macht der Mai...“

## Atomkacheln und Elektronenbier

Neuheiten auf der Münchener Messe

Die Hafner sind der Zeit schon ein Stück vorausgeeilt. Auf der 7. Deutschen Handwerksmesse, die von Bundespräsident Heuss in München eröffnet wurde, zeigen sie in einer Gemeinschaftsschau eine Vollkachel für eine Heizung auf Atombasis. Es handelt sich hier um die ersten Versuche, wie die Atomkraft als Wärmequelle für Haus und Büro ausgenutzt werden könnte.

Aber auch sonst demonstriert die von 1804 in- und ausländischen Ausstellern besichete Messe einmal mehr, daß das Handwerk Schritt hält mit der modernen Technik.

Eine bezeichnende Neuheit ist

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.**

der Getränke-Automat mit Elektronengehirn, den die Mechaniker ausstellen. Der Automat schenkt ganz nach Wunsch Bier, Milch oder Milch-Mixgetränke gegen Einwurf von Münzen aus. Ein eingebauter Kühlapparat, der vom Elektronengehirn gesteuert wird, sorgt dafür, daß die Getränke gleichmäßig kühl heraussprudeln. In der Stunde kann der Automat 200 Portionen ausschenken. Sobald der Getränkevorrat zur Neige geht, meldet das Gerät automatisch seinem Besitzer, daß eine Nachfüllung notwendig ist.

Ein nachtsam geöffneten Gas-

hahn, ein überkochender Topf sind die Ursache manchen Unglücks. Auf der Handwerksmesse wird nun erstmals ein vollautomatisch gesicherter Gasherd vorgeführt, der das Gas,

wenn der Hahn geöffnet wird, automatisch entzündet. Streichhölzer oder Gasanzünder sind überflüssig. Verlöscht die Flamme durch Überkochen, dann wird der Haupthahn des Gasherdes innerhalb von 15 Sekunden automatisch geschlossen.

Als Neuheit bringt die Boots- und Schiffbauer-Innung Jollen und Motorboote, die erstmalig mit Porschemotoren ausgerüstet sind, sowie ein Beihoot aus Kunststoff. Auch die Wagenbauer arbeiten neuerdings mit Kunststoffen.

## Notruf evangelischer Christen

Forderungen an die Zonenregierung

Auf der Tagung der Synode der Evangelischen Kirche der Union (EKU), die vom 1. bis 6. Mai in Berlin-Spandau stattfand, hat der Berliner Präses D. Scharf eine Reihe von kirchlichen Forderungen gegenüber den staatlichen Stellen in der Sowjetzone bekanntgegeben. Er bezeichnete die Errichtung christlicher Schulen in Ostberlin und in der Zone als dringend notwendig, weil Bestrebungen im Gange seien, die marxistische Bekenntnisschule mit Gewalt durchzusetzen.

Scharf forderte dann Verhandlungen über einen gesetzlichen Schutz der Wehrdienstverweigerer, wie sie bereits in der Bundesrepublik im Gange seien.

Zur Frage der Jugendweihe teilte der Präses mit, daß nur 1,5 Prozent Konfirmanden in

Brandenburg an einer solchen Feier teilgenommen hätten.

Außerdem wurde erklärt, daß die Einreiseverweigerung für kirchliche Angestellte in die Sowjetzone zur allgemeinen staatlichen Praxis geworden sei und für die Kirche einen unerträglichen Zustand darstelle. Seit 1954 seien fast alle Zustugsanträge für Pastoren, Gemeindeführer oder Diakonissen in die „DDR“ abgelehnt worden.

Diskussionsredner hoben hervor, daß der Zwang und der Gewissensdruck, der auf den christlichen Menschen in der Zone lastet, eine unerhörte Bedrohung des Friedens darstelle.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Sie fanden ihre Eltern wieder

Zehn Jahre Kindersuchdienst des DRK

Von 120 000 Kindern, die in den Kriegswirren und auf der Flucht von ihren Eltern getrennt wurden, konnten durch den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Westberlin und Westdeutschland 94 814 wieder mit ihren Eltern oder nächsten Angehörigen zusammengeführt werden. Allein von den auf den ersten zehn Suchplakaten abgebildeten 400 Kindern fanden 290 durch diese Aktion bereits schon vor Jahren ihre Eltern wieder.

Die Plakate hängen in 20 000 Exemplaren in allen großen

Städten. Täglich gehen Tausende daran vorüber. Und die zahlreichen roten Stempel mit der Aufschrift „Erledigt“ zeugen vom Erfolg der Suche.

Nur durch die Zentralisierung und durch die internationale Zusammenarbeit ist es möglich, daß im Monatsdurchschnitt noch heute 500 bis 600 Kinder ihren Eltern wieder übergeben werden können.

Die Berliner Dienststelle bearbeitet in erster Linie die Fälle, in denen Kinder oder Eltern in der Sowjetzone und Polen leben.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.